

Postschliessfach 211.

Nr. 7580/41 - I.1 Sch.

Krakau, den 25. Juli 1941.

An die
Regierung des Generalgouvernements
Innere Verwaltung
Bevölkerungswesen und Fürsorge
K r a k a u .

Betr.: Protokoll der VIII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe.

In der Anlage gestatten wir uns das Protokoll der VIII. Sitzung des Präsidiums am 15. Juli 1941 zu übermitteln.

1. Anlage.

ht.

Protokoll

der VIII. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe am 15. Juli 1941.

Anwesend: von der Regierung des Generalgouvernements die Herren Oberverwaltungsrat Weirauch, Assessor Heinrich und Referent Hexel,

vom Präsidium der J.S.S. Dr. Weichert, Jaszowski, Dr. Hilfstein, Dr. Tisch, Dr. Alten, Dr. Wielikowski, Zabudowski und der Berater seitens der J.S.S. beim Chef des Distrikts Radom J. Diamant.

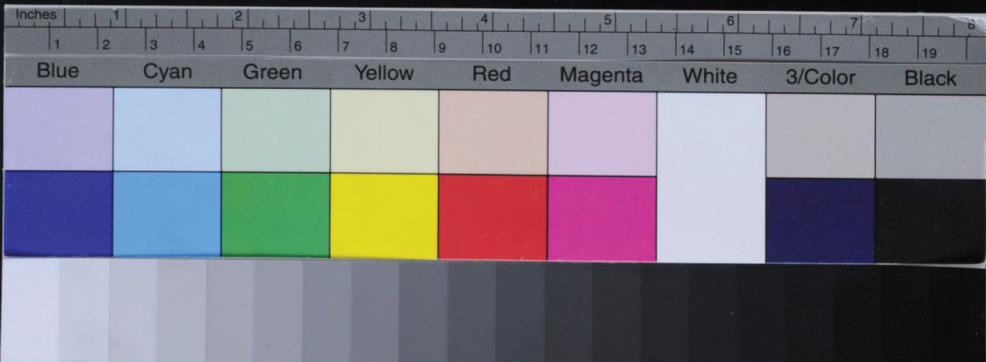
1. Tätigkeitsbericht.

Dr. Weichert verliest den in der Beilage beigefügten Tätigkeitsbericht für die Monate Mai und Juni 1941 und weist darauf hin, dass bis nun kaum 130.000.- Zloty aus dem Aufkommen aus der Einwohnerabgabe eingeflossen sind. Der Betrag, der bloß in einer Stadt /Tarnów/ aus der Kultussteuer der treuhänderisch verwalteten Betriebe eingezahlt wurde - 16.200.- Zł. zeigt, was für beträchtliche Beträge für die soziale Fürsorge zur Verfügung stehen würden, wenn die von uns angegebenen Beträge aus dieser Einnahmequelle regelrecht einfließen würden.
Herr Assessor Heinrich ersucht um eine Aufstellung der aus dem Aufkommen der Einwohnerabgabe erhaltenen Beträge, sowie um Angabe der Begründung von etwaigen Ablehnungen.

Dr. Alten bemerkt, dass der J.S.S. in Lublin der Anteil an der Einwohnerabgabe mit der Begründung verweigert wurde, dass der Stadthauptmann über keine Mittel verfüge.

Dr. Wielikowski fügt hinzu, dass die Kultussteuer der treuhänderisch verwalteten Betriebe in Warschau auf 330.000.- Zloty errechnet worden sei und das bezüglich der Einwohnerabgabe der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk auf dem Standpunkt stehe, dass für die Stadt Warschau eine Sonderregelung erfolgen und die Einwohnerabgabe in den Haushalt des jüdischen Wohnbezirkes einbezogen wurde.

./.



2. Wirtschaftshilfe.

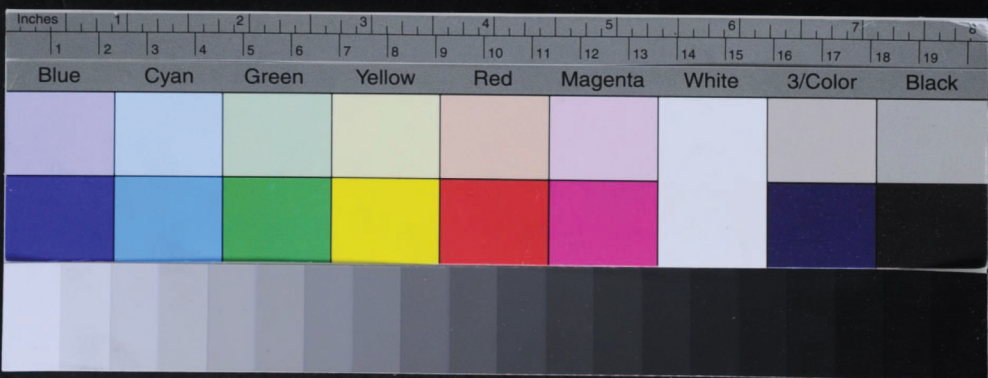
Dir. Jaszunski stellt fest, dass der Prozess der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben beendet ist.

Gegenwärtig lasse sich ein Arbeitseinsatz von Juden nur im geringen Ausmass verzeichnen. Zunächst kenne der Arbeitseinsatz der Juden ausserhalb ihrer Wohnstätten in den Arbeitslagern in Frage, was eine passive Position im Haushalt der jüdischen Wohnbezirke bilde. Die Lage der Arbeiter sei auf der vorigen Sitzung geschildert worden, die Lagerinsassen bekämen keine ausreichende Verpflegung und Entlohnung, so dass die jüdischen Gemeinden zu ihrer Erhaltung und Erhaltung der Familien beitragen müssten.

Auf die Frage des Herrn Oberverwaltungsrat Weirauch, wer denn die Betreuung der Arbeitslager seitens der jüdischen Gemeinden angeordnet hätte, erwiderte Jaszunski, dass es keine solche Anordnung gebe, dass man aber trotzdem den Arbeitern helfen müsse, die hungern.

Auf die weitere Frage des Herrn Oberverwaltungsrat Weirauch nach der gegenwärtigen Lage in den Arbeitslagern, erklärte Dr. Wielikowski, dass sämtliche Arbeitslager im Distrikt Warschau aufgelöst, dagegen auf Veranlassung des Herrn Gouverneurs zwei neue Musterarbeitslager aus lauter Freiwilligen errichtet worden seien und noch weitere zwei in Aussicht gestellt seien.

Jaszunski führt in seinen Ausführungen über den Arbeitseinsatz in den jüdischen Wohnbezirken fort, die in zwei Kategorien zerfallen. Zur ersten Kategorie gehören die geschlossenen jüdischen Wohnbezirke, in denen die Absperrung liberal gehandhabt werde, wie Krakau, Radom, Tschenstochau, wo vielleicht 30 - 25% der jüdischen Bevölkerung ausserhalb der jüdischen Wohnbezirke beschäftigt seien. Zur zweiten Kategorie gehören die hermetisch abgeschlossenen jüdischen Wohnbezirke wie Warschau. Wenn man die Experimente in diesem Wohnbezirke betrachte, müssten zwei Perioden unterschieden werden die erste als die Transferstelle noch keine selbstständige Institution gewesen sei und die zweite Periode, wo die Transferstelle bereits selbstständig sei. In dem ersten Zeitabschnitte sei behördlicherseits bürokratisch verfahren worden. So z.B. sei im Januar l.J. ein Befehl ergangen, Tausende jüdische Schneider, Schuster und Strumpferzeuger bereitzustellen, die Werkstätten seien hergerichtet worden, aber es habe keine Bestellungen und keine Arbeit gegeben. Dies sei eine grosse Vergeudung von Geldmitteln gewesen, den manche Arbeiter hätten noch früher irgendwelche Beschäftigung, die sie in der Ueberzeugung verlassen hätten, jetzt die richtige gefunden zu haben. Erst Ende März und im April seien die ersten Aufträge eingelaufen und nachher seien die Rohstoffe angekommen. Wie es sich dann herausgestellt habe, seien die Werkstätten nicht zweckmässig eingerichtet worden, da man nicht gewusst hatte, was produziert werden sollte. Die Strumpferwerkstätten hätten bishun keine Bestellungen erhalten. Im Mai sei die grosse Aenderung eingetreten. Herr Präsident Emmerich habe unserem Vorsitzenden erklärt, dass die bisherige Politik der Transferstelle geändert werden müsse und dass die Zeit für die Förderung der privaten Initiative gekommen sei. Im Juni habe die Transferstelle einen neuen Leiter bekommen, Herr Dir. Bischof, welcher einen jüdischen Wirtschaftsrat ins Leben gerufen habe. In einer Sitzung des Herrn Dir. Bischof mit diesem Wirtschaftsrat am 16. Juni, an der auch der Referent teilgenommen habe, sei angekündigt worden, dass Beschlagnahmen nicht mehr stattfinden würden und dass jeder arbeitswillige Jude auf Erleichterungen rechnen dürfe. Trotzdem dauerten die Beschlagnahmen im jüdischen Wohnbezirk an. Einzelne Abteilungen des Judenrates hatten am 30.6., 1.7. und 3.7. l.J. 4 Fulle von Beschlagnahme und Wegschaffung von Waren im jüdischen Wohnbezirk registriert, wobei es sich um Kaufleute gehandelt habe, die Genehmigung zur Führung ihrer Geschäfte besaßen hätten und um Waren, die in den Handelsbüchern eingetragen worden seien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass andere Beschlagnahmen stattgefunden hätten, die nicht zur Kenntnis des Judenrates gelangt wären.....



Für Arbeitskosten seien in den Werkstätten viel zu geringe Beträge erzielt worden, die bei weitem den Bedürfnissen des jüdischen Wohnbezirkes nicht entsprechen, zumal es in Warschau 100.000 erwerbstätige Juden und Jüdinnen gäbe. Die Schwierigkeiten beständen aber darin, dass kein direkter Kontakt mit den Arbeitsgebern vorhanden sei. Ebenso hemmend wirkten auf die Bildung des Wirtschaftslebens folgende Momente :

dass keine Anordnung ergangen sei, dass Maschinen und Waren nicht beschlagnahmt werden dürften, dass Beschränkungen für Juden im Bargeldverkehr nicht aufgehoben seien, ungeachtet dessen, dass diese Beschränkungen nach der Eliminierung der Juden aus dem Wirtschaftsleben gegenstandslos geworden seien, ferner fielen hier weiter Um- und Aussiedlungen der Juden schwer ins Gewicht, die ein Gefühl der Sicherheit und Stabilität nicht aufkommen liessen. Laut genau durchgeführten Errechnungen, die im einzelnen in der überreichten Denkschrift angeführt seien, benötige der Arbeiter, um nur das notdürftigste bestreiten zu können, einen Betrag von 865.-- Zloty monatlich. Es sei daher klar, dass ein Arbeiter der nur 6 Zloty täglich verdiene und dessen Familie hungern müsse, sich nicht ruhig seiner Arbeit widmen könne. Da gäbe es zwei Auswege, entweder müssten die Arbeiter zusätzliche Nahrungsmittel auch für ihre Familien zugeteilt bekommen, oder aber eine derartige Entlohnung erhalten, um ihren primitivsten Lebensunterhalt zu bestreiten.

Dr. Reichert fügt noch hinzu, dass er letzstens von der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge zu einer Besprechung in der Abteilung Wirtschaft herangezogen worden sei, an der die Herren Präsident Emmerich, Dr. Gater, Dir. Bischof und Dr. Schlosser teilgenommen hätten. Herr Dir. Bischof habe mitgeteilt, dass er sich bemühe für die jüdischen Arbeiter erhöhte Lebensmittelrationen als für Rüstungsarbeiter zugeteilt zu bekommen.

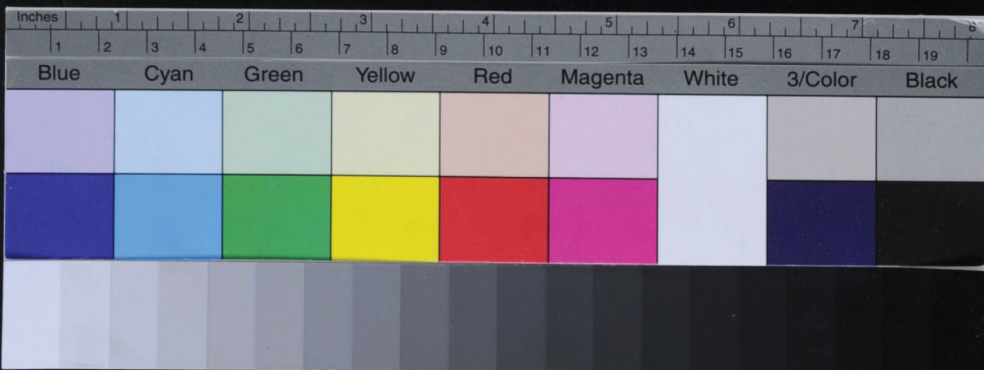
Dr. Wielikowski bemerkt, dass seines Wissens Umsiedlungen von Juden im Distrikt Warschau aus kleineren Ortschaften in grössere, sowie die Abschlüssung aller jüdischen Wohnbezirke bevorstehe.

Herr Assessor Heinrich erklärt, dass landwirtschaftliche Fachkurse gemäss unserem Rundschreiben Nr. 16 nicht mehr zu errichten seien, da jedem Bodenfläche angesichts der Ernährungslage ausgenützt werden müsse. Auf den Hinweis von Jaszuński, dass landwirtschaftliche Arbeiter sogar gesucht würden erwiderte Herr Assessor Heinrich, dass gegen landwirtschaftliche Beschäftigung der Juden nichts einzuwenden wäre. Jaszuński hebt hervor, dass die landwirtschaftlichen Kurse in Warschau mit grossem Erfolg geführt wurden, worauf Herr Assessor Heinrich erklärt, dass die schon bestehenden Kurse weiter geführt werden, nur neue nicht errichtet werden dürften.

3. Varia.

a/. Seuchenbekämpfung.

Dr. Hilfstein führt aus: In den Ländern, die als Brutstätten der Seuchen bekannt waren, wie etwa Serbien, Montenegro u.a., waren die Seuchen schon im Mai eines jeden Jahres im Abflauen begriffen. Ebenso liess sich früher auf dem Gebiete des gegenwärtigen Generalgouvernements die Erläschung der etwa auftretenden Seuchen um dieselbe Zeit verzeichnen. Dagegen trete gegenwärtig noch im Juli l.J. das Fleckfieber auf. Ursachen dieser Erscheinung seien in dem verminderten Widerstandsfähigkeit infolge Unterernährung, in den schlechten Wohnverhältnissen, im Mangel an Seife und Wäsche, sowie darin zu suchen, dass im Falle der Feststellung einer Seuchenerkrankung ganze Häuser, Häuser



blocké, oder Strassen abgesperrt würden. Aus diesem Grunde könne die Zufuhr von Lebensmitteln nicht erfolgen und infolge der Untervernährung werde die Widerstandsfähigkeit der gesunden isrlitischen Bevölkerung herabgesetzt, was neue Opfer nach sich ziehe.

Viele Ortschaften hätten den Auftrag erhalten, Krankenhäuser und Badeanstalten zu errichten. Diese Ortschaften, nicht wenige an der Zahl, hätten von uns Russen Medikamenten auch noch Geldmittel für diese Zwecke erhalten. Bei den heutigen Verhältnissen verschlangen solche Einrichtungen grosse Summen, die die Juden ausserstande sind zu decken.

Dr. Hilfstein hebt ferner hervor, dass wir vor einer neuen Serie epidemischer Krankheiten bedroht seien wie Bauchtyphus, Ruhr und die Cholera. Um unsere Aufgaben erfüllen zu können, müssten wir über ein genügendes Quantum von Heilmitteln, sowie über entsprechende Geldmittel verfügen. Daher schliesst er mit der Bitte an die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Sie möge grössere Beträge für die sanitäre Beträuung und für die Seuchenbekämpfung uns zur Verfügung stellen.

Diament aus Radom berichtet, dass es im jüdischen Wohnbezirk keine jüdische Apotheke gebe.

b./ Ernährung.

Dr. Alten schildert die Ernährungslage im Distrikt Lublin, wo weder die jüdischen Schwerarbeiter noch die sonstige jüdische Bevölkerung etwas ausser Brot und 200 Gramma Zucker pro Kopf monatlich zugeteilt bekäme. In manchen Orten bekämen ~~die~~ Aussiedler nicht einmal Lebensmittelkarten. Ferner weist er darauf hin, dass Geldsammlungen unsere Tätigkeit sehr erleichtern könnten, wenn sie gestattet wären. Er bittet daher auf dem Gebiete der Ernährung Abhilfe zu schaffen, ferner veranlassen zu wollen, dass Geldsammlungen für die J.S.S. in Lublin gestattet würden.

c./ Genehmigung zur Führung von Handwerkerwerkstätten.

Dr. Alten teilt mit, dass in Lublin viele Handwerker, die Aufträge für Deutsche, ausführen, keine Gewerbe genehmigung erhalten hatten. Deshalb z.B. erhielten die Schuster keine Lederzuteilung für Reparaturen. Ausserdem seien diese Handwerker jederzeit der Gefahr ausgesetzt, bestraft zu werden. Er bittet daher um Regelung dieser Angelegenheit.....

